

15885/AB
Bundesministerium vom 01.12.2023 zu 16393/J (XXVII. GP)
bmeia.gv.at
 Europäische und internationale
 Angelegenheiten

Mag. Alexander Schallenberg

Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

<p>Herrn Präsidenten des Nationalrates Mag. Wolfgang Sobotka Parlament 1017 Wien</p>	<p>Wien, am 1. Dezember 2023 GZ. BMEIA-2023-0.719.491</p>
--	--

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Robert Laimer, Harald Troch, Kolleginnen und Kollegen haben am 3. Oktober 2023 unter der Zl. 16393/J-NR/2023 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Taliban Besuch von FPÖ-Politikern“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

- *Stimmt es, dass ihr Ressort über den aktiven Nationalratsabgeordneten der FPÖ Martin Graf von der Reise unterrichtet wurde und mit diesem in Kontakt stand?*
- *Haben die besagten Personen, die Gründe für Ihren Besuch in Afghanistan gegenüber dem Außenamt genannt? Wenn ja, welche genau?*
- *Inwiefern war die Reise mit dem Außenministerium abgestimmt?*

Die Reise war selbstverständlich nicht mit dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) abgestimmt. Wir haben kurz vor der Reise davon Kenntnis erlangt, woraufhin ein Mitarbeiter meines Ressorts oben genannten Nationalratsabgeordneten kontaktiert hat. Dabei wurde von Seiten des BMEIA eindringlich auf die seit Jahrzehnten bestehende Reisewarnung hingewiesen und von der Durchführung der Reise dringend abgeraten.

Zu den Fragen 4 und 5:

- *In wie weit und im welchen Umfang waren Nachrichtendienste (ND) des BM.I und BMLV im Vorfeld informiert und mit welcher Schutz- bzw Aufklärungstätigkeit war dies verbunden. Welche Kosten sind dadurch entstanden?*
- *In wie weit sind den Nachrichtendiensten "private" Verbindungen zwischen islamistischen Extremist*innen und einzelnen Vertreter:innen der FPÖ bekannt? Welche Sicherheitsrisiken ergeben sich daraus aus der Sicht der ND?*

Diese Fragen fallen nicht in die Vollziehung meines Ressorts.

Zu den Fragen 6 und 7:

- *Sie haben gesagt, man müsse die Taliban nach ihren Taten messen. Das Taliban-Regime besteht nun seit zwei Jahren. Ihr Ressort spricht immer noch eine Reisewarnung der Stufe 6 für Afghanistan aus. Wie beurteilt Ihr Regime die Lage in Afghanistan heute? Wie beurteilen Sie das Taliban-Regime?*
- *Begrüßen sie den Vorstoß der FPÖ-Beziehungen mit dem islamistischen Taliban-Regime, das eindeutige Menschen- und Frauenrechtsverletzungen betreibt, zu normalisieren?*

Die österreichische Bundesregierung als „Regime“ zu bezeichnen ist befremdlich und spricht der verfassungsrechtlichen Realität unserer Republik Hohn. Dass die Taliban an ihren Taten zu messen sein werden, wurde in den Ratsschlussfolgerungen der EU-27 im September 2021, unmittelbar nach der gewaltsamen Machtübernahme der Taliban, festgehalten. Dabei haben wir klargestellt, welche Grundvoraussetzungen wir an die Taliban stellen: Allen voran Respekt der Grund- und Freiheitsrechte aller Afghanen, insbesondere von Frauen und Minderheiten, sowie ungehinderter humanitärer Zugang. Aber auch, dass Afghanistan nicht wieder zur Brutstätte islamistischen Terrorismus wird. Die letzten zwei Jahre haben allerdings gezeigt, dass sie kein Interesse daran haben, die Grund- und Menschenrechte aller Afghaninnen und Afghanen einzuhalten. Im Gegenteil: Ihr Vorgehen gegenüber Frauen und Mädchen ist schlicht inakzeptabel. Mit ihrer rückwärtsgewandten Politik wollen sie das Land zurück ins Mittelalter führen. Mit einer derart menschenrechtswidrigen Positionierung seitens der Taliban kann es keine Normalisierung der Beziehungen geben. Dass die FPÖ unter Herbert Kickl offenbar keinerlei Berührungsängste mit Extremismus aller Art hat und den Taliban eine Bühne bietet, ist erschreckend.

Gleichzeitig werden Österreich und die Europäische Union die afghanische Bevölkerung nicht im Stich lassen. Österreich hat daher heuer 8 Mio. Euro für die dringend benötigte Humanitäre Hilfe geleistet, auch um Ursachen für illegale Migration zu reduzieren. Dabei unterstützt Österreich selbstverständlich nur jene Projekte, an denen Frauen mitarbeiten können.

Mag. Alexander Schallenberg